



AUFFORDERUNG ZUR ANGEBOTSABGABE

Betrifft: Werbeartikel

Ref.: EESC/COMM/04/2015

Auftragsbekanntmachung: ABl. S 200 vom 15. Oktober 2015 (Ref. Nr. 2015/S 200-362317)

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (im Folgenden: "der Ausschuss" oder "der EWSA") plant die Vergabe des im Betreff genannten öffentlichen Auftrags. Dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe sind die entsprechende Leistungsbeschreibung sowie der Vertragsentwurf beigelegt. In der Leistungsbeschreibung sind sämtliche Unterlagen angegeben, die dem Angebot beizufügen sind.
2. Wenn Sie sich an der Ausschreibung beteiligen möchten, reichen Sie Ihr Angebot bitte in einer Amtssprache der Europäischen Union in dreifacher Ausfertigung (ein Original und zwei Kopien) ein.
3. Die Bieter reichen ihre Angebote im Wege eines Schreibens ein:
 - a) entweder **per Post oder Kurierdienst bis spätestens 1. Dezember 2015**, wobei für das Versanddatum der Poststempel bzw. das Datum der Ablieferungsbestätigung maßgeblich ist. Die Anschrift lautet:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Abteilung Kommunikation
z.Hd. Peter Lindvald-Nielsen
Büro VM2 05/54
Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
Belgien
 - b) oder **durch Abgabe** bei folgender Adresse:

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Abteilung Kommunikation
z.Hd. Peter Lindvald-Nielsen

Büro VM2 05/54
Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
Belgien

bis spätestens 1. Dezember 2015, 15.00 Uhr (Brüsseler Ortszeit). In diesem Fall gilt als Nachweis der Angebotsabgabe die Empfangsbestätigung mit Datum und Unterschrift des Bediensteten des EWSA, der die Unterlagen entgegengenommen hat. Die Abteilung ist montags bis donnerstags von 8.30 bis 17.30 Uhr und freitags von 8.30 bis 15.30 Uhr geöffnet. Samstags, sonntags und an den arbeitsfreien Tagen des Ausschusses ist sie geschlossen.

4. Das Angebot ist in **zwei Umschlägen** einzureichen. Beide Umschläge müssen **verschlossen** sein. Der innere Umschlag muss neben der vorgenannten Angabe der Empfängerdienststelle – Abteilung Kommunikation des EWSA – folgende Aufschrift tragen: "**Appel d'offres – à ne pas ouvrir par le service courrier**" (Ausschreibung – nicht von der Poststelle zu öffnen). Werden selbstklebende Umschläge verwendet, so sind diese zusätzlich **mit Klebestreifen zu verschließen. Quer über diese Klebestreifen** bringt der Absender seinen Namenszug an.

Der innere Umschlag muss seinerseits zwei verschlossene Umschläge enthalten: einen mit dem technischen Angebot und einen weiteren mit dem Preisangebot. Auf jedem Umschlag ist deutlich der Inhalt ("**Fachlicher Vorschlag**" bzw. "**Preisgebot**") anzugeben.

Die **Muster** können in einem separaten Karton eingereicht werden.

5. Ein Angebot ist nur gültig:
 - wenn es von einem ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter des Bieters unterzeichnet ist;
 - wenn es deutlich lesbar ist, sodass jegliche Zweifel bezüglich der Bedingungen und Zahlenwerte ausgeschlossen sind;
 - wenn es unter Verwendung der in der Leistungsbeschreibung enthaltenen Standardformulare erstellt wurde.
6. Die Bindefrist des Angebots, während der der Bieter an sämtliche Angebotsbedingungen gebunden ist, beträgt 9 Monate ab Schlusstermin für den Eingang der Angebote.
7. Mit der Abgabe des Angebots erkennt der Bieter die Bedingungen in dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe, in der Leistungsbeschreibung und im Vertragsentwurf an und verzichtet auf allgemeine und besondere Geschäftsbedingungen. Der Bieter ist, wenn er den Zuschlag erhält, während der Ausführung des Auftrags an sein Angebot gebunden.
8. Die Kosten für die Erstellung und Einreichung des Angebots gehen zu Lasten der Bieter und werden nicht erstattet.

9. Während des gesamten Vergabeverfahrens sind Kontakte zwischen dem Auftraggeber und den Bietern nur in Ausnahmefällen und unter folgenden Bedingungen zulässig:

– Vor Ablauf der Abgabefrist:

- * Auf Ersuchen des Bieters kann der öffentliche Auftraggeber ergänzende Auskünfte erteilen, die ausschließlich der näheren Erläuterung der Art des Auftrags dienen.

Auskunftsersuchen sind ausschließlich schriftlich zu richten an:

tender-communication@eesc.europa.eu.

Anforderungen ergänzender Auskünfte, die weniger als fünf Arbeitstage vor der Abgabefrist eingehen, werden nicht beantwortet.

- * Stellt der Ausschuss einen Irrtum, eine Ungenauigkeit, eine Auslassung oder sonstige sachliche Fehler im Wortlaut der Ausschreibung fest, kann er dies auf eigene Initiative allen Beteiligten mitteilen.
- * Ergänzen die Auskünfte und die oben genannten Informationen werden auf dem Internetportal des EWSA (<http://www.eesc.europa.eu/?i=portal.en.running-calls-for-tenders>) auf Englisch und Französisch mitgeteilt. Das Portal wird regelmäßig aktualisiert, und die Bieter sind während der Dauer der Ausschreibung selbst dafür verantwortlich, zu überprüfen, ob Aktualisierungen oder Änderungen vorgenommen wurden.

– Nach Eröffnung der Angebote:

- * Erfordert ein Angebot Klarstellungen oder sind offenkundig sachliche Irrtümer zu berichtigen, kann der öffentliche Auftraggeber aus eigener Initiative Kontakt zu dem Bieter aufnehmen; dies darf jedoch nicht zu einer inhaltlichen Änderung des Angebots führen.

10. Diese Aufforderung zur Angebotsabgabe bindet den Ausschuss in keiner Weise. Eine Verpflichtung entsteht erst nach der Unterzeichnung des Vertrags mit dem Bieter, der den Zuschlag erhalten hat.

Der öffentliche Auftraggeber kann bis zur Unterzeichnung des Vertrags entweder auf die Auftragsvergabe verzichten oder das Vergabeverfahren annullieren, ohne dass die Bewerber oder Bieter Anspruch auf Entschädigung hätten. Eine entsprechende Entscheidung ist zu begründen und den Bewerbern oder Bieter bekannt zu geben.

Sobald der Ausschuss das Angebot eröffnet hat, geht das Dokument in den Besitz des Ausschusses über und wird vertraulich behandelt. Die Rücksendung der Muster kann auf

Antrag nach der Bewertung des Angebotes und der Erteilung des Zuschlags an den erfolgreichen Bieter erfolgen. Werden gegen die Vergabeentscheidung Beschwerden eingelegt, so werden die Muster bis zum Abschluss der Verwaltungs- und/oder Gerichtsverfahren einbehalten.

11. Die Bieter werden per E-Mail über das Ergebnis dieser Ausschreibung unterrichtet. Die Bieter müssen in ihren Kontaktdaten eine gültige E-Mail-Adresse angeben und eingehende E-Mails regelmäßig abrufen.
12. Sollte im Rahmen des Angebots die Vergabe von Unteraufträgen vorgesehen sein, so empfiehlt es sich, in die vertraglichen Vereinbarungen mit den Unterauftragnehmern Vermittlungs- und Schlichtungsverfahren als Methode zur Streitbeilegung aufzunehmen.
13. Bei der Bearbeitung Ihrer Antwort auf die Aufforderung zur Einreichung von Angeboten werden auch personenbezogene Daten (wie Name, Anschrift, Lebenslauf) erfasst und verarbeitet. Diese Daten werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr verarbeitet. Sofern nicht anders angegeben, werden die Antworten auf die Fragen und die personenbezogenen Daten zur Bewertung des Angebots gemäß den Spezifikationen in der Aufforderung zur Einreichung von Angeboten benötigt und zu diesem Zweck ausschließlich von der Abteilung Kommunikation bearbeitet. Sie können bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Person (Peter.LindvaldNielsen@eesc.europa.eu) beantragen, dass Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten mitgeteilt und unrichtige oder unvollständige Daten berichtigt werden. Fragen, die die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten betreffen, können Sie an **data.protection@eesc.europa.eu** richten. Bei Fragen, die die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten betreffen, können Sie sich außerdem jederzeit an den Europäischen Datenschutzbeauftragten¹ wenden.
14. Wir teilen Ihnen mit, dass Ihre personenbezogenen Daten zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union an die internen Auditdienste, an den Europäischen Rechnungshof, an das Fachgremium für finanzielle Unregelmäßigkeiten und/oder an das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) weitergegeben werden können.

Die personenbezogenen Daten (Name und Vorname im Falle natürlicher Personen, Anschrift und Rechtsform sowie Name und Vorname der Personen mit Vertretungs-, Entscheidungs- oder Kontrollbefugnissen bei juristischen Personen) von Wirtschaftsakteuren, die sich in einer der in den Artikeln 106, 107 sowie 109 Absätze 1 und 2 der Verordnung Nr. 966/2012 genannten Situationen befinden, können in eine zentrale, von der Europäischen Kommission verwaltete Datenbank (die Zentrale Ausschlussdatenbank) aufgenommen und an die von der Kommission benannten Personen sowie an die in Artikel 108 der Verordnung Nr. 966/2012

¹ edps@edps.europa.eu.

aufgeführten anderen Organe, Agenturen, Behörden und Gremien weitergegeben werden. Parteien, die in die Datenbank aufgenommen werden, haben das Recht, auf Antrag beim Rechnungsführer des Ausschusses bzw. unmittelbar beim Rechnungsführer der Kommission über die sie betreffenden Daten informiert zu werden.

Vor einer Aufnahme in die Zentrale Ausschlussdatenbank hat der Bewerber bzw. der Bieter (innerhalb von 14 Kalendertagen) die Möglichkeit, seinen Standpunkt schriftlich darzulegen. In Erwartung einer Entscheidung bezüglich der Dauer des Ausschlusses und zum Schutz der finanziellen Interessen der Union könnte es sich allerdings als notwendig erweisen, einen vorläufigen Warnhinweis zu geben, bevor der dritten Partei Gelegenheit gegeben wurde, ihren Standpunkt darzulegen.

Die Zentrale Ausschlussdatenbank wird von der Kommission verwaltet. Eine diesbezügliche Datenschutzerklärung der Kommission ist im Internet unter folgender Adresse abrufbar:
http://ec.europa.eu/budget/library/sound_fin_mgt/privacy_statement_ced_en.pdf

Brüssel, den 15. Oktober 2015



Peter LINDVALD NIELSEN
Leiter der Abteilung Kommunikation
